Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 51. Freitag den 2. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 1. März. Nachdem gestern in der Nacht der Sarg, in welchem sich die sterbliche Hülle Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Wilhelm Waldemar von Preußen befindet, in der Stille nach der Domkirche gebracht und vor dem Altar niedergesetzt worden war, so fand heute das feierliche Leichenbegängniß nach Maßgabe des darüber erschienenen Reglements statt, in höchster Gegenwart Sr. Majestät des Königs und Ihrer Majestät der Königin, der Prinzen Wilhelm und Adalbert und der Prinzessin Elisabeth Königl. Hoheiten, Höchstdero Gemahls, des Prinzen Karl von Hessen und bei Rhein Hoheit, als hoher Leidtragenden, wie auch in Gegenwart des Prinzen und der Prinzessin von Preußen Königl. Hoheiten, der anderen anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses und der fremden fürstlichen Häuser. Das diplomatische Corps war in besonderen Kirchensitzen anwesend, der Königlich Großbritanische General Lieutenant und Gesandte Graf von Westmorland hatte auf besondere Einladung Sr. Majestät des Königs, da der hochselige Prinz in der Britischen Armee mitgekämpft hat und Höchstdemselben deshalb das Großkreuz des Bath-Ordens verliehen gewesen war, unter den anwesenden Preußischen Generalen Platz genommen.

Es wurde zuerst ein Vers des Liedes „Jesus, meine Zuversicht" gesungen, dann der Gottesdienst nach der Kirchen-Agende von dem wirklichen Ober-Konsistorialrath, Hof- und Domprediger Strauß gehalten und der Segen gesprochen, worauf die Feierlichkeit mit einem Verse aus dem obigen Liede beschlossen wurde.

Se. Excellenz der Staatminister und Ober-Präsident der Provinz Westphalen, Flottwell, ist von Münster hier angekommen.

R Das alte Wort von der Berührung der Extreme zeigt sich in vollster Wahrheit bei der Bildung politischer Centren. Sowohl in der bloßen theoretischen Vorstellung politischer Centren als in ihrer praktischen Wirklichkeit berühren sich die Extreme in auffallendster Weise. Bald spricht man von den gesinnungslosen Centren, von den unselbstständigen, bestimmbaren, von den schwankenden charakterlosen Centren, von dem kopflosen Bauche der politischen Körper; bald gelten sie als die Vertreter des sittlichen Maßes, der vernünftigen Mitte, die den Extremen nach beiden Seiten hin gleich abhold ist.

Und es ist allerdings Wahrheit hier und dort. Wer in sich unklar und unbestimmt ist, wer seine politische Weltanschauung in sich noch nicht zu einem festen System durchgearbeitet hat, wer von Natur aus schwankender Art und geneigt ist, sich dem Augenblicke hinzugeben und durch Autoritäten sich leiten zu lassen, der kann allerdings nicht einer bestimmten politischen Richtung folgen oder einer Partei sich vollständig anschließen, sondern muß sowohl innerhalb eines engeren politischen Körpers als überhaupt innerhalb eines politischen Verbandes zwischen den Parteien hin und herschwanken, je nachdem die Umstände bestimmend zu wirken im Stande sind oder schlaue Parteiführer geschickt zu ködern verstehen. Solche Individuen bilden die „gesinnungslosen Centren," den „Bauch."

Indeß „Extreme" setzen schon ihrem Begriffe nach eine Mitte als nothwendig voraus. Ein jeder Mann von Charakter muß, besonders in Zeiten wie die gegenwärtigen sind, mit sich zu Rathe gegangen sein in Betreff der wichtigsten politischen Fragen und muß, wie viel er auch als ungelöste und offene Frage ansehen mag, doch eine bestimmte Richtung verfolgen, bestimmte Prinzipien seinem politischen Denken und Handeln zu Grunde legen. Wenn nun diese durch feste Prinzipien bestimmte und mit aller Consequenz verfolgte Richtung sich gerade in die Mitte zweier Extreme stellt, die zufällig in einem gegebenen Zeitpunkte von feindlichen Parteien vertreten werden, so wird ein solcher Mann mit allen seinen Gesinnungsgenossen auch ein politisches Centrum bilden, wird hier aber eben so fest, eben so mit sich selbst übereinstimmend, eben so standhaft und consequent bleiben, wie nur bei irgend einem Mitglied anderer Richtung es möglich ist. Das ist das gesinnungsvolle Centrum.

Das Ungleiche, das Inconsequente und darum so Tadelnswerthe liegt an und für sich nie und nimmer in der centralen Stellung, sondern einzig und allein und immer nur in der Unsicherheit des Charakters oder in der Unklarheit politischer Anschauung, d. h. in einem Mangel an politischer Bildung oder an Charakterbildung. Die Stellung im Centrum kann demnach an und für sich nie als eine tadelnswerthe und verächtliche erscheinen.

Das bestätigt auch die parlamentarische Erfahrung. Im Laufe der Zeit pflegt sich bei wichtigen politischen Ereignissen die Stellung der Parteien sehr leicht zu verschieben. — Die Männer der Gironde saßen bekanntlich zu Anfang auf der äußersten Linken. Die Revolution entwickelte sich, je mehr die alte Opposition das Ziel ihres Strebens sich verwirklichen sah, desto mehr mußten sie, gerade bei Consequenz des Charakters, konservativ werden, um das dauernd zu erhalten, was sie errungen hatten. Die Gironde rückte von ihrem Platze und kam durch das weitere Schieben und Drängen durch das Centrum hindurch bis zur äußersten Rechten. Sie war nicht weniger consequent im Centrum, als sie auf der Linken gewesen und es später auf der Rechten war — Die alte Opgosition des vereinigten Landtags befindet sich jetzt zumeist auf der Rechten. Der 17. März würde sie aus der Opposition ins Centrum gedrängt haben, der 18. und 19. März aber ging über sie hinaus, sie haben eine andere Stellung.

Wie jetzt die Parteien in den Kammern sich zu einander stellen werden, läßt sich allerdings noch gar nicht bestimmen. Indeß spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß sowohl Rechte als Linke sich zu denselben Prinzipien bekennen werden, wie Rechte und Linke der aufgelösten Nationalversammlung. Dann ist allerdings wiederum ein Centrum wünschenswerth, ein starkes Centrum, aber ein Centrum der Gesinnungsvollen, nicht ein Centrum des gesinnungslosen Bauches.

---

†* Bromberg, den 27. Febr. Das Einführungsdekret des Präsidenten Gierke ist vor einigen Tagen dem hiesigen Oberlandes-Gerichte vom Justiz-Ministerio mitgetheilt; man ist jetzt sehr gespannt auf das Benehmen der 8 Räthe, welche den bekannten Protest gegen die Einführung Gierke's unterzeichnet und es für eine Schande erklärt hatten, mit einem solchen Manne zusammen zu dienen. Jedenfalls wird Gierke hier eintreffen, und seine Funktionen als Oberlandesgerichtspräsident antreten, bevor er seinen Sitz in der Kammer einnimmt. Er wird täglich erwartet. — Der Ober-Präsident Flottwell hat die Wahl zur ersten Kammer für den Bromberger Wahlbezirk abgelehnt, da er in Meseritz gewählt sei und dort die Wahl bereits angenommen habe. In diesen Tagen findet daher eine Neuwahl statt. Auch unser zweiter Deputirter für die erste Kammer, Herr v. Sancken-Tarputschen hat in seinem Dankschreiben an die hiesigen Wahlmänner die Bemerkung ausgesprochen, daß er wegen seiner Familienverhältnisse bald von Berlin würde nach Hause zurückkehren müssen. Es wird alsdann hier noch eine Nachwahl stattfinden.

CC Berlin, den 27. Febr. Ueber den gestrigen Tag müssen wir noch nachträglich einiger bezeichnender Thatsachen erwähnen. Noch während der Eröffnungssitzung wurde von den fliegenden Buchhändlern und bei Lassally, dem Drucker der demokratischen Correspondenz die Thronrede verkauft und fand so ungemeinen Absatz, daß vor dem Lassally'schen Laden die Käufer, je nach ihrem Kommen, mit Nummern versehen werden mußten, damit der Unordnung nur einigermaßen gesteuert werden konnte. Diese demokratische Ausgabe der Thronrede, bereits am Tage vorher gedruckt und im Café de l'Europa öffentlich vorgelesen, stimmt indeß in einem wesentlichen Satze nicht mit der im weißen Saale vorgetragenen, indem der von uns gestern über den Belagerungszustand Berlins mitgetheilte Passus in ihr also lautet:

„Um die Herrschaft der Gesetze wiederherzustellen, hat über die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen der Belagerungszustand verhängt werden müssen. Derselbe kann nicht wieder aufgehoben werden, bevor nicht die noch immer bedrohte öffentliche Sicherheit, für welche jene Maßregel unerläßlich war, durch kräftige Gesetze dauernd geschützt ist. Die Entwürfe zu solchen Gesetzen werden Ihnen unverzüglich zugehen."

Es fragt sich, ist diese Nichtübereinstimmung ein Manöver der Demokratie oder theilt die Demokratie die ursprüngliche Lesart der Thronrede mit? Die Demokratie behauptet das letztere, da ihr Berichterstatter aus dem Ministerio sie noch nie hintergangen habe. Ueber diesen Berichterstatter aus dem Ministerio wollen wir uns kein Wort erlauben, da jeder seine eigene Haut zu Markte tragen muß, doch können wir es uns nicht versagen zu bemerken, daß in den 18 Jahren der Herrschaft Louis Philipp's über Frankreich unter seinem gewiß sehr corrumpirten Beamtenstande sich keiner gefunden hat, welcher eine der Thronreden vorher den Feinden des Gouvernements verkauft hätte.

AZC Berlin, den 27. Febr. Die heutige zweite Sitzung der beiden Kammern in ihren Sitzungslokalien gestattete dem Publikum zum ersten Mal den Eintritt in dieselben. Obwohl an den Außenwerken noch viel fehlt, so sind doch die Sitzungssäle völlig ausgebaut und mit bewundernswerther Schnelle vollendet. Sie befinden sich beide in neuaufgeführten Gebäuden, deren eins hinter der katholischen Kirche, das andere hinter dem Justizministerium am Dönhofsplatz liegt, beide in ehemaligen Gartenräumen und dem Auge durch die davor liegenden Gebäude völlig entzogen, zugleich aber auch gegen jeden Angriff von Volksmassen gesichert. Man gelangt insbesondere zur zweiten Kammer erst nach dem Durchgange durch ein Wohnhaus, nach einer wahren Reise durch einen hohen und engen, zu beiden Seiten mit Brettern eingeschlossenen Gang, durch mehrere Vorgebäude, über Treppen und Hallen. In ähnlicher Weise passirt man zur ersten Kammer einen Garten und in den Vorräumen beider befinden sich starke Constablerwachen, so daß für die Sicherheit ausreichend gesorgt erscheint. Der Sitzungssaal der ersten Kammer macht einen eben so freundlichen als eleganten Eindruck. Das Licht fällt von oben durch ein schräges Glasdach, welches von leicht und frei durch den oberen Saal laufenden, mit zierlicher Stuckaturarbeit garnirten Balken getragen wird. Rings um den Saal erstrecken sich die Tribünen, welche durch die schlanken Säulen, die von den Brüstungen aufstrebend, die Querbalken des Glasdaches tragen, einen hallenartigen Charakter annehmen. Für das diplomatische Corps und die Prinzen sind zwei kleinere Logen abgegrenzt, deren letztere durch Vorhänge völlig verschlossen werden kann. Auf der einen Hauptwand, gerade unter der Diplomaten-Loge befindet sich der erhöhte Präsidialtisch, davor ebenfalls erhöht die Tribüne für die Redner. Gegenüber ebenfalls an der Wand auf einer Erhöhung sieht man den Ministertisch, hinter welchem elegante rothgepolsterte Sessel stehen. Zur ebenen Erde rechts und links sind die Sitze der Abgeordneten, rothgepolsterte Bänke mit kleinen Tischklappen davor. Hiernach fehlt der Raum zur Planirung eines eigentlichen Centrums, wie er bei der Nationalversammlung statt hatte, indem dort der Ministertisch mitten im Saal stand. Jedenfalls hat das Ministerium jetzt den Rükken frei. Die Balken an der Decke sind weiß mit blau angestrichen, die Stuckaturarbeit an den Logen ist weiß, die Wände haben eine braune Oelfarbe und das Ganze ist in Zeichnungen gehalten, die an die altgriechischen Zimmer-Verzierungen erinnern. Dies gewährt einen ungemein edlen Eindruck, der durch den farbigen Fußteppich und das neue rothe Tuch, womit die Logenbrüstungen und die Sitze beschlagen sind, an Eleganz und Lebhaftigkeit gewinnt. — Die räumliche Anordnung der zweiten Kammer ist der der ersten ganz gleich, unter Maßgabe der größeren Ausdehnung. Doch macht der Saal einen weit weniger gefälligen Eindruck als der der ersten Kammer, was theils in den gebrauchten Sachen liegt, die bekanntlich schon die Reise nach Brandenburg gemacht haben, theils in der Dekorirung des Saals. Die Decke ist von braunem Holz und in derselben befinden sich zwei Fenster, durch welche das Licht fällt. Die Tribünen laufen nur auf drei Seiten um den Saal und die Wände sind oberhalb mit dunkelrothem Zeuge ausgeschlagen, welches auf der vierten freien Wand eine faltige mit gelben Franzen garnirte Drapperie bildet, die auf blauen Wandgrund endet. Unterhalb sind die Wände ringsum einfach grau gestrichen, die Thüren braun. Dies giebt dem Ganzen einen außerordentlich eintönigen, im Vergleich zur ersten Kammer fast finsteren Charakter, der durch die mindere Eleganz der Stühle, Sessel ꝛc. noch schwerfälliger wird. — Die Tribünen in beiden Kammern waren heute nur mäßig besetzt, da das Publikum kaum Mittheilung von der Sitzung erhalten hatte; auch gewährten die Einleitungsdebatten über Geschäftsordnung ꝛc. wenig Reiz. Dennoch konnte man schon wahrnehmen, daß die Haltung eine ganz andere, würdigere und intelligentere sein wird, als die der Nationalversammlung. Es bürgen dafür die gefeierten Persönlichkeiten, die wir diesmal auf beiden Seiten erblicken und die Verbannung aller deklarirten Nullitäten.

R Berlin, den 27. Februar. In der gestrigen Wahlmännerversammlung des dritten Wahlkreises, der übermorgen am Donnerstag seine beiden Nachwahlen für Waldeck und Jakobi halten wird, trat der Abgeordnete der zweiten Kammer d'Ester als Gast auf. Er erwähnte, daß man eine Petition an die Kammern entworfen habe, die in 20,000 Exemplaren in die verschiedenen Provinzen des preußischen Staats verbreitet und mit möglichst zahlreichen Unterschriften bedeckt werden sollte, damit sie als Ausdruck des Volks betrachtet und als Monsterpetition den Kammern überreicht werden könnte. Zum Inhalte habe diese Petition aber wesentlich folgende Punkte: 1) Einkammersystem; 2) direkte Wahlen; 3) demokratische Wehrverfassung; 4) demokratische Gemeindeverfassung nach dem Grundsatze der ausgedehntesten Selbstregierung; 5) Organisation der Arbeit nach dem Prinzipe der Association. —

An diese Mittheilung schloß er eine dringende Aufforderung, den ehemaligen Abgeordneten Jung zu wählen, ohne daß er jedoch den Namen desselben nannte. — Danach trat der ehemalige Abgeordnete Schramm (Striegau) auf. d'Esters Verwendung für Jung hatte die Versammlung schon verstimmt, bei Schramms taktlosem Benehmen kam es zum vollen Ausbruch. Er ist nicht Wahlmann, sprach nicht als Candidat, hatte aber die unbegreifliche Dreistigkeit, in einer sehr heftigen Rede der Versammlung Vorhaltung und Vorwürfe zu machen über die Art und Weise, wie sie sich gegen den Candidaten Bisky benehme und wie man ihn hier beurtheile. Ja dieser Herr Schramm hatte die Kühnheit, daß er die Versammlung aufforderte, das an Bisky begangene Unrecht durch ein allgemeines Aufstehen wieder gut zu machen. Diese Zumuthung war denn doch zu arg, der Sturm des Unwillens brach los und nöthigte Herrn Schramm zum Abtritt. — Diese Versammlung mußte in der höchsten Aufregung geschlossen werden und wurde es ihr dadurch unmöglich gemacht, den als Gast erschienenen Abgeordneten Elsner zu hören. — Heute Abend wollen die Abgeordneten d'Ester, Elsner und Schulze-Delitsch im vierten Wahlkreise, der ebenfalls am Donnerstag seine Nachwahl hat, sich nochmals für Jung verwenden. Wahrscheinlich werden aber alle diese Operationen fruchtlos sein.

— Die rechte Seite der Abgeordneten hält schon ihre Parteiversammlung und zwar in dem Gasthofe Stadt London am Dönhofsplatze. Die Partei ist verhältnißmäßig sehr stark, vorgestern Abend zählte sie 165 Mitglieder. Ihr Programm ist übrigens außerordentlichen liberal gehalten; sie gehen sogar so weit, das suspensive Veto an Stelle des absoluten zu verlangen. Grabow hat sich bis jetzt auch bei dieser Versammlung betheiligt. Er wird auch zum Präsidenten vorgeschlagen und von der Linken wahrscheinlich ohne sonderlichen Kampf angenommen werden. Die Linke will alle kleinlichen und unbedeutenden Angriffe und Demonstrationen unterlassen, um sich in einer achtunggebietenden Stellung zu erhalten.

Berlin, den 27. Februar. Heut Nachmittag um 5 Uhr haben die Abtheilungen der zweiten Kammer sich konstituirt. Das Resultat der Wahlen ist zu Gunsten der rechten Seite ausgefallen, obwohl in allen Abtheilungen nur eine kleine Majorität erreicht

wurde. Das Resultat der Wahlen ist folgendes: 1. Abth.: Vorsitzender v. Vincke, Stellvertreter v. Berg; Schriftführer Martens, Stellvertreter Keller. 2. Abth.: Vorsitzender v. Viebahn, Stellvertreter Camphausen, Schriftführer Geßler und Diesterweg. 3. Abth.: Vorsitzende Vater und v. Werdeck, Schriftführer Gellern und Stolle. 4. Abth.: Wenzel und Blömer, Schriftführer Urlich und Poppenburg. 5. Abth: Grabow und Naumann, Schriftführer Matthäi und Riotte. 6. Abth.: Graf Arnim und Harkort, Schriftführer Seger und Osterath. 7. Abth.: Phillips und v. Auerswald (Rosenb.), Schriftführer Riedel und Raabe.

— In einer Vorversammlung mehrerer Mitglieder der ersten Kammer soll von einem derselben, einem hochgestellten Staatsbeamten, der Antrag gestellt worden sein, es mögen diejenigen Mitglieder, welche Orden besäßen, dieselben während der Kammersitzungen tragen. Es scheint, als ob hiermit eine Demonstration gegen die frühere National-Versammlung ausgedrückt werden sollte. Herr von Saucken-Tarputschen trat indeß hiergegen mit aller Entschiedenheit auf, und man beschloß mit großer Majorität, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

— Im obern Salon des Odeum's, wo sich alle Nachmittage die sogenannten Wasserfreunde, fast sämmtlich dem höhern Beamten- und Offizierstande angehörig, zu versammeln pflegen, hat am Sonntag Nachmittag eine ärgerliche Scene stattgefunden. Der Deputirte Temme, welcher während seines frühern Aufenthalts hier diese Gesellschaft häufig besuchte und mit den meisten Mitgliedern derselben genau bekannt ist, hatte sich am Sonntag Nachmittag mit mehreren seiner politischen Freunde in den oben gedachten Salon des Odeums begeben. Sie wurden von den Anwesenden indeß auf eine den gesellschaftlichen Formen der gebildeten Welt so unangemessene Weise empfangen, daß sie es vorzogen, sich sofort aus diesen Räumlichkeiten zu entfernen und in den großen untern Saal des Lokals zu begeben, woselbst ihr Erscheinen eine gewisse Sensation unter dem dortigen stabilen Sonntagspublikum erregte.

— (C. B.) Eine Notiz in unserer Korrespondenz vom 23. hat hier eine Deutung erfahren, der wir berichtigend entgegentreten zu müssen glauben. Wir bedauern, die patriotischen Erwartungen, welche unsere allzudiskrete Fassung jener Nachricht hervorgerufen hat, niederschlagen zu müssen. Die „Hoffnung", von der dort die Rede ist, bezieht sich zwar auf eine hohe, nicht aber, wie man sanguinisch angenommen hat, auf eine allerhöchste Person.

— Ein hiesiger Offizier ist vor wenigen Tagen wegen Tragens längeren Haupthaares, als dienstmäßig vorgeschrieben ist, von seinen Vorgesetzten mit dreitägigem Stubenarrest bestraft worden.

Berlin, den 28. Febr. Während am Montag die Thronrede mittheilte, daß die Beziehungen Preußens zu allen auswärtigen Mächten fortdauernd friedlich seien, ist gestern Nachmittag die beglaubigte Nachricht von der Kündigung des Dänischen Waffenstillstandes von Seiten Dänemarks hier eingelaufen; das Ministerium empfing dieselbe erst am Nachmittage, einige Privatbriefe sollen sie schon Morgens geliefert haben. Es ist die Kündigung auf den Betrieb der ultra-dänischen Partei geschehen.

— Das Petersburger Kabinet soll, wie von unterrichteten Seiten verlautet, in neuester Zeit fortgesetzte Versuche einer freundlicheren Annäherung an Deutschland und speziell an Preußen machen. Daß das Ausfuhrverbot auf Vieh und Pferde bereits vor längerer Zeit zurückgenommen ward, ist bekannt. Man erfährt aber jetzt, daß in kurzer Zeit auch die Russischen Truppen von den Preußischen Grenzen zurückgezogen werden würden, wo ihre plötzliche und unmotivirte Anhäufung in den vergangenen Monaten zu vielfachen Bedenken und Besorgnissen veranlaßten. Inzwischen erhält das Einrücken der Russen in Siebenbürgen doch auch hier die diplomatischen Kreise in großer Aufmerksamkeit, und die rege Thätigkeit im Kriegsministerio beweist, daß man nicht ungerüstet sein will, welcher Seite es auch dabei gelte. Eine andere, hiermit vielleicht tiefer, als es auf den ersten Blick erscheint, zusammenhängende und dabei wichtige Mittheilung ist, daß in diesen Tagen von Seiten unserer Regierung ein außerordentlicher Gesandter nach Olmütz abgegangen ist, um den Kaiser der wohlwollendsten Gesinnungen Preußens zu versichern, und zugleich das dortige Kabinet zu weiteren Vorschlägen in der Deutschen Frage zu veranlassen, denen diesseitig das aufmerksamste Entgegenkommen, so weit es sich nur immer mit dem Deutschen Interesse vereine, gezollt werden würde. Dieser Schritt, der hierorts von Frankfurt aus angebahnt sein soll, dürfte geeignet sein, manche Zukunftsfragen in der Zeit zu beseitigen.

— In der ersten Kammer scheint die entschiedene Rechte, die an dem Prof. Stahl einen tüchtigen Führer besitzt, im Verein mit einer Fraktion unter dem Ober-Präsidenten v. Bonin (etwa rechtes Centrum) die Majorität zu besitzen. Die Linke und das linke Centrum bestehen aus den verschiedensten Elementen. Es ist nicht zu zweifeln, daß von hier aus das rechte Centrum und selbst die entschiedene Rechte noch einen wesentlichen Zuwachs erhält. — Eine äußerste Linke fehlt auch nicht, wenn sie auch nur sechs, vielleicht acht Mitglieder zählt; wir finden hier den Landgerichtsrath Gräff, Stadtrichter Zenker, Regierungs-Rath Szumann, die Herren v. Brodowsky, von Potworowski und Mantrach; mit Ausnahme des Letzteren sämmtlich Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung. Dieser Partei scheint am nächsten zu stehen Hr. v. Forckenbeck mit etwa 12—14 Stimmen; Hr. Kisker, Graf Dyhrn, Sperling (Königsberg) gehören dieser Partei an, der frühere Minister Eichmann hatte dort ebenfalls seinen Sitz genommen; mit dieser Partei scheint jetzt die Partei Hansemann-Milde, die in vielen politischen Fragen mehr rechts geht, zusammenzuhalten; die Partei, in der wir die Herren Baumstark, v. Auerswald, Ritz, Walter u. A. erblicken, zählt jetzt etwa 35 Stimmen; sie wird voraussichtlich die Interessen der Bourgeoisie, der Grundbesitzaristokratie gegenüber, vertreten. — In der zweiten Kammer ist die Stärke der beiden Hauptparteien ziemlich gleich; die Linke hatte zuerst bei einem Antrag eine Majorität von 6 Stimmen, kurz darauf erhielt die Rechte bei einem andern eine Majorität von einigen Stimmen.

Koblenz, den 25. Februar. Bei den gestern stattgehabten Neuwahlen für die zweite Kammer wurden gewählt: der Steuereinnehmer Mallmann, in Simmern, welcher als Stellvertreter des früheren Abg. Lames in den Novembertagen auf den Ruf des Präsidenten v. Unruh nach Berlin ging, und der Advocat-Anwalt Wesendonk aus Düsseldorf.

Bernburg, den 22. Febr. Ueber die vor einiger Zeit in mehreren Zeitungen gegebene Nachricht, der König von Preußen habe sich der Vereinigung der anhaltischen Länder, zu deren Vermittelung der Reichs-Kommissar von Ammon in Bernburg war, widersetzt und zwar um Erbansprüche einer Preußischen Prinzessin geltend zu machen, enthält die Kölner Zeitung folgendes Sachverhältniß: In Bernburg hatte sich eine Partei gebildet, welche die Abdankung des Herzogs und Verschmelzung der drei anhaltischen Länder begehrte. Dieser gegenüber war eine andere Partei aufgetreten, welche die Selbstständigkeit Bernburgs so lange als möglich gewahrt wissen wollte. Die Entscheidung lag in der Hand der Herzogin, von der man verlangte, daß sie ihren gemüthskranken, also regierungsunfähigen Gemahl zur Abdankung bewege. Zwischen den Anforderungen beider Parteien stehend, war es für die Herzogin schwierig, einen Entschluß zu treffen, und sie wandte sich um Rath an den König von Preußen. Der König sprach sich in seiner Antwort durchaus nicht gegen die Abdankung des Herzogs von Bernburg resp. die Vereinigung der anhaltischen Länder aus, äußerte aber den Wunsch, das Allodial-Vermögen des Herzogs vor dessen Abdankung festgestellt zu sehen. Intestat-Erbin dieses Allodial-Vermögens ist nämlich die Schwester des Herzogs, vermählt mit dem Prinzen Friedrich von Preußen. Die Feststellung des Allodial-Vermögens würde aus leicht begreiflichen Gründen nach der Abdankung des Herzogs schwieriger sein und leicht zu Mißhelligkeiten führen. Man ersieht aus diesen einfachen Thatsachen, daß die Preußische Regierung der Sache ganz fremd ist, daß nur der König privatim um Rath gefragt worden, daß dieser Rath nicht gegen die Abdankung des Herzogs ausgefallen ist, und daß der Wunsch wegen Feststellung des erwähnten Vermögens mit der Politik nichts zu schaffen hat, sondern sich lediglich auf privatrechtliche Ansprüche bezieht.

Köthen, den 23. Febr. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde bei Verhandlung des Antrags wegen Publikation der Grundrechte „mit der Maßgabe, daß dadurch der bereits in Gesetzeskraft übergegangenen Verfassung in keinem Punkte Eintrag geschehen könne," nach einer längeren Debatte, welche sich größtentheils um den §. 24. der Verfassungs-Urkunde drehte, der Beschluß gefaßt, daß die Grundrechte publicirt werden sollten mit der Erklärung, daß wo unsere Verfassung ein größeres Maß von Freiheiten gewährt habe, diese unbedingt in Kraft bleiben solle. In dieser Fassung, der sich auch Minister Goßler anschloß, wurde der Antrag gegen 2 Stimmen angenommen.

Altona, den 23. Febr. Aus einem von der Schl.-Holst. Ztg. mitgetheilten Schreiben eines bei der Sache Betheiligten geht hervor, daß der am 20. bei Düppel vorgefallene Zusammenstoß zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Truppen durch die Verhaftung eines Fährknechts veranlaßt worden ist, der am Tage zuvor eine Schleswig Holsteinische Recognoscirungs-Patrouille insultirt und belästigt hatte. Als der Gefangene abgeführt wurde, wurde dänisches Militär von Sonderburg in einem Boote nach dem Festlande hinübergeschickt und schoß auf die deutschen Truppen, die das Feuer erwiederten. Ein Versuch der Dänen, die Deutschen zu umgehen, mißlang, und nach einigen harmlosen Schüssen zogen sich beide Theile zurück. — Die Mörder des auf Alsen erschossenen Jägers Einfeldt sind entdeckt. Es sind acht dänische Soldaten, die, von dem Oberförster König auf unerlaubter Jagd betroffen und weggewiesen, sich in einem Wirthshause betranken und die Frevelthat begingen.

Hannover, den 24. Febr. In beiden Kammern wurde heute nachstehender Vorschlag von dem Präsidenten der ersten Kammer, Prof. Briegleb, vertheilt: „Vorschlag über den die Konferenz berathen wird. Auf die Mittheilung des Gesammt-Ministeriums vom 10. Febr., das deutsche Verfassungswerk und die Grundrechte betreffend, zu beschließen: 1) daß die k. Regierung ersucht und ermächtigt werde, die Grundrechte des deutschen Volks mit dem Einführungsgesetze vom 27. Dezbr. v. J., nach Maßgabe des §. 2. des Landesverfassungsgesetzes sofort und unverkürzt zu verkündigen; 2) daß eine gemeinschaftliche Commission, von sieben Mitgliedern jeder Kammer, zur Berichterstattung über die übrigen, durch jene Mittheilung (des Gesammt-Ministeriums) angeregten, Fragen niedergesetzt werde. Die zweite Kammer vertagte sich, da wieder keine Minister erschienen, auf den 27. Febr. Die erste Kammer setzt die Berathung der Geschwornengerichte fort. — Mehrere Abgeordnete des deutschen Volks in Frankfurt haben an den Abgeordneten Lange ein Schreiben gerichtet, in welchem sie für die energische Art und Weise, in welcher dieser für die Grundrechte gestritten hat, danken.

München, den 24. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten stellte der Abgeordnete Dr. Müller an den Minister des Auswärtigen folgende Fragen: 1) „ob das Gerücht gegründet sei, daß ein hier residirender (der Preußische) Gesandte an das Ministerium des Auswärtigen eine Note erlassen habe, worin er sich über einen Beschluß der beiden Kammern tadelnd ausdrücke; 2) was an dem weiteren Gerücht eines Bündnisses zwischen Rußland, Oesterreich und Baiern sei?" Der Minister Graf Gray erwiederte hierauf: die ihm zugekommene Note des Preußischen Gesandten beziehe sich nicht auf die Kammer der Abgeordneten, sondern auf die „Fassung", nicht den Inhalt eines neulichen Beschlusses der Kammer der Reichsräthe (gegen ein Preußisches Erbkaiserthum und gegen die Ausschließung Oesterreichs), in welcher der Gesandte einen Angriff auf die „Ehre" Preußens zu finden geglaubt habe, wogegen er sich verwahren müßte. Diese Note habe keine Erwiederung erhalten und keine erhalten können; auf ein vertrauliches Privatschreiben des Preußischen Gesandten aber habe er ebenfalls wieder vertraulich geantwortet und werde die Sache nun auf sich beruhen. Hinsichtlich des Gerüchts, bezüglich eines Bündnisses zwischen Rußland, Oesterreich und Baiern könne er nur erwiedern, daß kein wahres Wort daran sei. Ebenso ungegründet sei das verbreitete Gerücht, als wolle Baiern aus dem Zollverein austreten.

Frankfurt, den 24. Febr. Heute, am Jahrestage der Französischen Revolution, fand im Conferenzsaale des Reichsministeriums eine Verhandlung mit den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt statt, um die Bemerkungen der Regierungen zu dem Verfassungsentwurfe, wie er nach der ersten Lesung vorliegt, entgegenzunehmen. Um die Abfassung des Protokolls zu beschleunigen, waren Stenorgaphen beigezogen, und dasselbe wird ohne Zweifel in kürzester Frist zur Kenntniß der Nation gelangen. Der Zeitfolge nach waren Erklärungen eingekommen von Lippe, Frankfurt, Schleswig-Holstein, Sachsen-Weimar, Limburg, Baden, den drei Anhalt, Königreich Sachsen, sodann eine Collectiverklärung, unterzeichnet von den Bevollmächtigten von Preußen, Kurhessen, Baden, Großherzogthum Hessen, Schleswig-Holstein, beiden Mecklenburg, Sachsen-Meiningen, Oldenburg, Coburg-Gotha, Altenburg, beiden Hohenzollern, Reuß, Hessen-Homburg, Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, den drei Anhalt, Braunschweig, Luxemburg, Nassau, Bremen, Hamburg und Lübeck. Frankfurt trat derselben ebenfalls bei. Von Bayern, Hannover und Würtemberg lagen theils offizielle, theils vertrauliche Mittheilungen, aber keine Erklärungen vor, welche auf die Verfassungsbestimmungen selbst eingingen. Oesterreich hatte sich, außer der Note vom 4. Februar, jeder Aeußerung enthalten. Sämmtliche Mittheilungen wurden vorgelesen, mit Ausnahme jener, welche durch die Zeitungen bekannt geworden, und der vertraulichen Zuschrift von Hannover. Selbst diejenigen, welche sich am entschiedensten für eine Form der Reichsregierung und für eine Beschränkung der Reichsbefugnisse aussprechen, welche den Beitritt Oesterreichs ermöglichen, geben doch nicht dem Gedanken Raum, daß sie dem Bundesstaate, der mit kräftigeren Einrichtungen aus den Beschlüssen der Reichsversammlung hervorgehen könnte, oder den Oesterreich nicht annehmen wollte, fern bleiben würden. Die Ausstellungen, welche an einzelnen Bestimmungen der Verfassung, theils zu Gunsten der Rechte der Einzelstaaten, theils in örtlichem Interesse gemacht werden, sind weder so wesentlich, noch so zahlreich, daß sich eine Verständigung nicht erwarten ließe. Nachdem die Vorlesung beendigt war, begann die Umfrage. Oesterreich äußert, daß es keine Erklärung abzugeben, die mitgetheilten Bemerkungen mit großem Interesse vernommen habe, das Protokoll seiner Regierung einsenden und diese sich ohne Zweifel zu einer Erklärung veranlaßt finden werde. Preußen kündigt einen Nachtrag zu den bereits übergebenen Bemerkungen an, die sich nur auf den Abschnitt „Reich und Reichsgewalt" erstrecken. Dieser Ankündigung treten die Staaten bei, welche gemeinschaftlich mit Preußen die Collectiverklärung unterzeichnet haben. Baiern wird unverzüglich seine Erklärung ausarbeiten und einreichen. Hannover hat noch keine Instruktion, was sich durch die eingetretene Ministerkrisis erklärt, hofft sie aber nächstens zu erhalten. Die Ankündigung eines Nachtrags von Seiten Preußens und den meisten übrigen Staaten veranlaßt den Bevollmächtigten für Oesterreich zu dem Wunsche einer angemessenen Verzögerung der zweiten Lesung, welchem sich der Bevollmächtigte für Baden anschließt. Nassau entgegnet, daß die Einreichung der Erklärungen über einen Theil der Verfassung geschehen sei, um die Berathung zu fördern, nicht um sie zu verzögern. Der Rest werde wohl noch vor Beginn der zweiten Lesung nachfolgen. Mit der Anzeige, daß die Vervielfältigung des Protokolls und die Mittheilung an die Reichsversammlung möglichst beschleunigt, und geeigneten Falls die Einladung zu einer zweiten Conferenz erfolgen werde, schließt der Präsident des Reichsministeriums die Verhandlung, welche bald ausführlich zur öffentlichen Kenntniß gelangen wird. (O.P.A.Z.)

Wien, den 24. Februar. Weder den strengsten Verordnungen von Seite des Gouverneurs noch den Warnungen vom Gemeinderathe ist es bisher gelungen, dem böswilligen Treiben einer im Dunkeln schleichenden Partei ein Ziel zu setzen und diesem Complot auf die Spur zu kommen. Die meuchlerischen Attentate, besonders auf Wachtposten, dauern fort, ja kommen noch häufiger vor als sonst. Gestern am Spätabend wurde viermal am Glacis geschossen und zwei Soldaten verwundet. Der Thäter, welcher von der Bastei nächst dem Franzensthore eine Pistole auf den unten stehenden Posten abgefeuert, wurde sogleich ergriffen und in Gewahrsam gebracht. Man hofft, mit großer Wahrscheinlichkeit diesem ganzen Complotte auf die Spur zu kommen, und dem vereinten Zusammenwirken aller Gutgesinnten wird es sicher gelingen, die erwünschte Ruhe wieder herbeizuführen. — Das Ortsgericht in Neu-Lerchenfeld hat gestern aus Anlaß des neuerlichen, gegen eine Militärperson gerichteten meuchlerischen Attentates eine Aufforderung erlassen, mittelst welcher auf die Entdeckung des Thäters eine Prämie von 300 Fl. C.-M., und Jedermann, der eine gegründete sichere Spur zur Habhaftwerdung desselben der Behörde anzeigt, eine Belohnung von 100 Fl. C.-M. zugesichert wird.

— In der gestrigen Nacht wurde das Comptoir der Wiener Ztg. erbrochen und daraus nebst Cautionen und Obligationen an baarem Gelde bei 3000 Fl. C.-M. entwendet. Auch verlautet, daß heute Nachts abermals ein Wachtposten meuchlings verwundet worden sei. Ueberhaupt sind Diebstähle, gewaltsame Einbrüche und Attentate gegen das Militär seit dem Belagerungszustande hier an der Tages-Ordnung, während man früher in dem gemüthlichen Wien von ersteren Fällen selten, von letzteren niemals hörte.

— Die Wiener Zeitung enthält folgenden offiziellen Bericht über die zeitweise Besetzung Ferrara's: Am 6. d. M. wurden mehrere

zur k. k. österreichischen Besatzung von Ferrara gehörige Offiziere, welche friedlich durch die Stadt in das daselbst befindliche Spital der k. k. Garnison gingen, von nachziehenden Volkshaufen verhöhnt und und mit Steinen beworfen. Am folgenden Tage erneuerte sich das nämliche unwürdige Schauspiel, so daß der noch frecher gewordene, bewaffnete Pöbel nur mit Gewalt zurückgedrängt werden konnte. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Offizier durch einen Flintenschuß verwundet; gleichzeitig wurden in andern Stadttheilen drei aus dem Spitale in die Citadelle zurückkehrende k. k. Soldaten so schwer vom Pöbel mißhandelt, daß alle drei bald darauf verschieden. An demselben Tage wurden drei Cavallerie-Ordonnanzen, welche vom k. k. Festungs-Commando mit Briefschaften nach S. Maria Maddalena gesendet worden waren, in Ponte lago scuro bei der Ueberfahrt über den Po von der römischen Miliz angehalten, entwaffnet und unter Mißhandlungen in Verhaft genommen. Nicht minder wurde ein von Ferrara kommender k. k. Offizier mit seinen drei Rüstwagen feindlich angehalten und ihm die Ueberfahrt über den Po verweigert, so daß durch diese Gewaltthaten die Verbindung der österr. Besatzung von Ferrara mit dem diesseitigen Po-Ufer unterbrochen war. Alle diese ruchlosen Attentate waren eben so viel Verletzungen der erst am 14. Juli 1818 zwischen den k. k. General Fürsten Lichtenstein und dem Prolegaten von Ferrara zur Sicherstellung der österr. Besatzung abgeschlossenen Uebereinkunft. Allein dies ist nicht der einzige Treubruch, welchen die Stadt Ferrara sich hatte zu Schulden lassen. Schon vor einigen Monaten war von der Wohnung des österr. Consuls Bertuzzi das kaiserliche Wappen herabgerissen und beschimpft, so wie der Consul selbst thätlich mißhandelt worden, so daß er nur mit Lebensgefahr aus seiner Wohnung entrinnen konnte. Bei diesem Anlasse wurde unter den Augen der Behörden von Ferrara das Haus des Consuls der gänzlichen Verwüstung und Plünderung Preis gegeben. Da es nicht möglich war, für diese Reihe von völkerrechtswidrigen Missethaten von den römischen Behörden die gebührende Genugthuung zu erlangen, so hat Feldmarschall Graf Radetzky geglaubt, daß das Maß der Frevel nun voll, und daß es nothwendig sei, durch eine exemplarische Züchtigung der Stadt Ferrara den Verträgen wieder Geltung, dem Völkerrechte Achtung und unserer durch Hinterlist und Meuchelmord gefährdeten Garnison Bürgschaften für ihre Sicherheit zu verschaffen. Zu diesem Ende überschritt eine Brigade k. k. Truppen unter dem Befehle des Generalmajors Grafen Coronini am 18. d. M. den Po, rückte um 1 Uhr Nachmittags ohne allen Widerstand in Ferrara ein, und bezog das Lager am Glacis der Citadelle. Einer Deputation der Stadt, welche sich dem das 2te Reserve-Corps commandirenden F.-M.-L. von Haynau vorstellte, eröffnete derselbe die Veranlassung und den Zweck seiner Ankunft und übergab ihr eine Kundmachung, worin unsere Beschwerden ausführlich motivirt und die dafür von der Stadt zu leistende Genugthuung genau angegeben ist. Die Hauptpunkte der gestellten Forderungen waren: 1) Auslieferung der an der Ermordung der drei k. k. Soldaten Schuldigen. 2) Stellung von sechs Geißeln als Bürgschaft für die Einhaltung der jetzt vorgeschriebenen Bedingungen. 3) Hinwegräumung der gegen die Citadelle errichteten Barrikaden. 4) Wiederaufrichtung der in der Stadt herabgerissenen Wappen ihres rechtmäßigen Oberherrn, St. Heiligkeit des Papstes. 5) Entrichtung eines Strafgeldes von 200,000 Scudi, wovon 6000 Scudi als Entschädigung für den seiner ganzen Habe beraubten k. k. Konsul Bertuzzi. 6) Aufrechthaltung aller in den früher geschlossenen Konventionen enthaltenen Bedingungen. Sämmtliche Forderungen müssen innerhalb 24 Stunden erfüllt sein, widrigenfalls die Stadt beschossen wird. Noch vor Ablauf der anberaumten Frist erschien abermals die oben erwähnte Deputation, begleitet von dem Kardinal-Erzbischof und dem englischen Konsul, um für die Eintreibung der auferlegten Strafsumme eine Verlängerung der Frist zu erbitten, welche auch bis 4 Uhr Nachmittags des 19. l. M. zugestanden wurde. Um diese Zeit wurde das Geld erlegt. Nachdem F.-M.-L. Freiherr v. Haynau sich überzeugt hatte, der Zweck (?) der Expedition sei erreicht, (?) trat er mit der ganzen Brigade seinen Rückmarsch an und rückte schon am Abend des 20. l. M. in Polesello wieder ein.

Ollmütz, den 23. Februar. Ein uns soeben mitgetheilter Privatbrief meldet, daß Arad kurz nach der Einnahme den kaiserlichen Truppen entrissen wurde, indem ein Theil der Letztern sich zu schnell in die Häuser der Stadt, um Lebensmittel aufzutreiben, zerstreute, was die Insurgenten benützten, sich rasch sammelten und unsere Truppen zurückdrängten. Die Kommandanten sollen dabei außer Schuld sein, indem sie jene ganz erschöpften Soldaten, angeblich Serben und Peterwardeiner, nicht zurückhalten konnten, nach Labung zu suchen. Es steht indessen zu hoffen, daß man den Insurgenten den Platz ohne viele Verzug wieder nehmen wird. Ob diese Nachricht richtig, muß sich zwischen heute und morgen entscheiden. (O. Corr.)

Semlin, den 18. Februar. Privat-Nachrichten zufolge wurde Schiklos, Marktflecken unweit Fünfkirchen, durch Nugents Armee ganz eingeäschert. Als nämlich Graf Nugent mit seiner Truppe in Schiklos einrückte, heuchelte die dortige Einwohnerschaft Freude und ergab sich. Nach dessen Abmarsche aber griffen die perfiden Ortsbewohner die Arrieregarde an, und schossen aus ihren Wohnhäusern 20 derselben nieder. Ueber diese Treulosigkeit empört, ließ Graf Nugent umkehren, Schiklos umringen, die Ausgangsthore mit Kanonen und Kartätschen besetzen, und den Ort in Brand stecken.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 24. Febr. Die kirchliche Revolutionsfeier hat in der Ordnung, wie sie das ministerielle Programm feststellte, stattgefunden. Nicht die geringste Unordnung ist vorgefallen. Bald nach 8 Uhr besetzten starke Militair-Abtheilungen aller Truppengattungen die zwischen der Nationalversammlung und der Magdalenenkirche gelegenen Räume. Man sah viel Gensd'armerie zu Fuß und zu Pferde. Die Nationalgarde war ziemlich schwach vertreten, jede Legion schickte etwa 300 Mann, welche sich in Spaliere stellten. Um 9 Uhr erschienen die Deputationen der Februarkämpfer mit der Fahne an ihrer Spitze, vor der Madeleine-Fronte; eben so eine Deputation der Hinterbliebenen und endlich ein Ausschuß der Juli-Kämpfer von 1830. Der weite Platz war gedrängt voll, und der Anblick imposant. Vier kolossale National-Flaggen mit der Inschrift „der 24. Februar" waren aufgezogen. Eine bunte Volksmenge füllte die ganze Tuilerien-Terrasse und den Saum der elysäischen Felder gegenüber. Um zehn Uhr setzte sich die National-Versammlung in Marsch. Man rief ihr häufig zu: Es lebe die Republik! Es lebe die Amnestie! Als der Zug in der Kirche angekommen war, verkündete Kanonendonner vom Invalidenhofe her die Abfahrt des Präsidenten. Der Wagen desselben war von einer Eskadron Gensd'armen-Garde begleitet. Ihm folgten die Minister in anderen Wagen. Weder bei der Hin- noch bei der Zurückfahrt fiel die mindeste Störung vor. Um 9 Uhr versammelten sich die Februar-Blessirten, so wie die Hinterbliebenen der Gefallenen vor ihrem Central-Büreau im Faubourg St. Martin. In feierlichem, aber stillem Zuge setzten sie sich nach dem Bastilleplatz in Marsch, wo einer der Ihrigen eine der Februar-Revolution gewidmete Rede hielt. Auch bei diesem Zuge hat die Polizei nicht die geringste Veranlassung zum Einschreiten erhalten. Heute erschien die gestern angekündigte Proklamation der Deputirten des Berges und aller demokratischen Journale, Associationen und Wahl-Ausschüsse, welche das Volk auffordert, für dieses Mal auf einen Zug in Masse zu den Gräbern der für Erkämpfung der Republik Gefallenen zu verzichten, um den Gegnern der Republik keinen Anlaß zu Anklagen und Verfolgungen zu geben. Der Moniteur zeigt an, daß der Präsident der Republik zur Jahresfeier des 24. Februar einer großen Anzahl von Militair-Verurtheilten entweder gänzliche Begnadigung oder Strafmilderung habe zu Theil werden lassen. Die Begnadigungsakt für die Civil-Verurtheilten sei auf den 4. Mai vertagt worden.

— Folgendes sind die Hauptbestimmungen des von Crémieux vorgelegten Clubgesetz-Entwurfs: Kein Club darf eröffnet werden, bevor nicht fünf großjährige, im Vollbesitz ihrer Bürger- und politischen Rechte befindliche Franzosen schriftliche Anzeige davon gemacht haben. Zehn Tage nach der Eröffnung des Clubs legt dessen Vorstand eine, von ihm ausgefertigte Liste der Mitglieder vor. Die Letzteren dürfen auch noch nicht wegen Diebstahls, Prellerei, Vertrauens-Mißbrauch und Angriffs auf die Sitte verurtheilt sein. Niemand darf in einer Gemeinde Mitglied zweier Clubs sein. Zu jeder Sitzung hat ein Abgeordneter der Obrigkeit Zutritt, und kann jede Gesetzübertretung feststellen. Ein Mitglied eines auf zwei Monate ausgesetzten Clubs darf während dieser Zeit in keinen andern Club eintreten, auch in keinem reden. Bei Schließung eines Clubs dürfen die Mitglieder auf sechs Monate sich bei einem andern nicht betheiligen. Jede in den Clubs vorkommende Aufforderung zu Mord, Plünderung, Zerstörung des Eigenthums und der Familie wird mit zwei bis dreijähriger Haft und 100 bis 1000 Frs. Geldstrafe belegt. Ist der Urheber eines solchen Vergehens bewaffnet, so wird die Haft auf drei bis fünf Jahre und die Geldstrafe auf 1000 bis 3000 Frs. erhöht.

— Pierre Leroux soll die Absicht haben, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach der Ehebruch fortan nicht mehr als Vergehen, sondern als Verbrechen vor den Geschworenen verfolgt und mit drei- bis sechsjährigem Gefängniß bestraft werden soll.

Großbritanien und Irland.

London, den 24. Febr. Oberhaus. Sitzung vom 23. Auf eine Frage des Herzogs von Richmond erwiederte der Colonial-Minister, Graf Grey, daß die bestehende Disciplin der weiblichen Strafgefangenen in Vandiemensland geändert werden solle. Die Bill zur weitern Aussetzung der Habeas Corpus-Akte in Irland erhielt die zweite Lesung, und die dritte wurde, mit Unterbrechung der Tagesordnung, auf den 26. d. anberaumt.

Unterhaus. Sitzung vom 23. Das Haus verwandelte sich in einen Ausschuß, Behufs der Berathung des Entwurfs zur Aenderung des Parlaments-Eides. Hr. Bankes verlangte, daß die Juden vor ihrem Eintritt in das Parlament einen besondern Eid, daß sie der Landeskirche keinen Eintrag thun wollen, leisten sollten. Ld. J. Russell entgegnete, er werde, falls ein solches Amendement zu geeigneter Zeit gemacht würde, dasselbe bekämpfen. Sir R. Peel bemerkte, daß seit 1829 katholische Mitglieder über Angelegenheiten der Landeskirche oft mit entschieden, ohne daß er irgendwie einen Anstoß daran genommen. Der Antrag wurde dann ohne Abstimmung genehmigt, die Erlaubniß zur Einbringung der Bill ertheilt, und die zweite Lesung auf den 16. April festgesetzt. Die Bill zur Bewilligung von 50,000 L. an Irland wurde zum zweiten Male gelesen und die Ausschuß-Berathung auf den 26. angeordnet.

— In Irland giebt sich bereits eine große Aufregung über die während der letzten Parlamentssitzungen zur Sprache gebrachte, allgemeine Landesabgabe kund, welche zur Unterstützung der Armen dienen soll, da die bisherige Armensteuer hierzu nicht ausreichte. Die jetzt beabsichtigte allgemeine Steuer würde namentlich die wohlhabendern Landschaften treffen, so daß sie die ärmeren mitzuernähren hätten. Der Egoismus der Menschen zeigt sich hier wieder im gewohnten Lichte. Namentlich sträubt sich das reiche Belfast, für die dem Hungertode verfallenen Armen im Süden des Landes das Seinige beizusteuern und läßt durch seine Presse gegen diesen Steuerplan eifern. Unterdeß ist der langweiligste aller Prozesse, der Duffysche, in Dublin immer noch nicht zu Ende, und dürfte sich noch mehrere Tage hinziehen. Einer der Führer der letzten irischen Bewegung, Eugen O'Reilly, Begleiter des Herrn Smith O'Brien, als dieser zur Beglückwünschung der französischen Republik nach Paris reiste, ist jetzt, nachdem er mehrere Monate im Gefängniß gesessen, als Lieutenant bei den Lanciers in sardinische Dienste getreten.

— Unsere Blätter theilen eine ernste Warnung des Amerikanischen Lieutenants Morrison vor der Landreise nach Californien über die Rockyberge mit; Hunger, Schneestürme und Kälte bedrohen auf diesem langwierigen und unwirthlichen Wege das Leben und die Gesundheit der Auswanderer. Morrison sah viele junge Leute, die frisch und kräftig von den Ufern des Missouri auszogen, als lebenslängliche Krüppel in den Californischen Ebenen anlangen.

Niederlande.

Amsterdam, den 23. Februar. Das heutige Handelsblatt stellt in einem gediegenen Artikel über die niederländischen Colonieen die Beweise der Ränke zusammen, durch welche England jeden anderen Mitbewerber um Macht und Einfluß aus Ostindien zu entfernen suche, wie es sich überall anmaßend gegen die Holländer geberde, überall deren Gegenwart nur zu dulden scheine. Nachdem es die Unbilligkeit dieses Betragens aus den Vortheilen nachgewiesen, welche England aus seinem Verkehre mit Niederland zieht, geht das Handelsblatt die verschiedenen wichtigen Entdeckungen durch, welche auf Java und Borneo im letzten Jahre gemacht wurden und unter deren Urhebern wir mehrere deutsche Namen bemerken. Das Handelsblatt fordert die Holländer zu besserer, thätigerer Benutzung der neuen Quellen auf, welche jene Entdeckungen der Wissenschaft, dem Handel und dem Gewerbfleiße eröffnet haben.

Dänemark.

Kopenhagen, den 22. Febr. Es ist nur zu gewiß, daß hier bei uns Alles auf nahe bevorstehende Erneuerung des Krieges hindeutet. Die ganze Flotte, in bedeutend größerer Anzahl wie im vorigen Jahre und darunter auch das ganz neue Linienschiff „Christian VIII.", ist in einigen Tagen segelfertig, die Commando's der drei Escadres, in welche sie getheilt wird, sowie die der einzelnen Schiffe sind bereits ernannt. Die Land-Armee fängt schon an, sich an der Schleswigschen Grenze zu sammeln, und bereits haben die hier liegenden Regimenter, so wie die Garden Marsch-Ordre erhalten. — (Nach der Nordsl. Tid. concentriren sich 20—30,000 Mann in und um Kolding, und in Friedericia, welches befestigt wird, sind für 6000 Mann Quartier angesagt.) Der König hat sich gegen verschiedene Personen, namentlich Nordschleswiger, die dieser Tage Audienz bei ihm hatten, ganz bestimmt dahin geäußert, daß er am 26. März mit seiner Armee an der Königsau stehen werde, „um dem Terrorismus der Schleswig-Holsteiner ein Ende zu machen." So scheint es jedenfalls ausgemacht, daß man den jetzigen Zustand in den Herzogthümern nicht länger als bis zum 26. März zugeben will.

Italien.

Florenz, den 17. Febr. Der Toskanische Monitore vom 15ten enthält außer mehreren Personalveränderungen noch drei wichtige Regierungs-Dekrete: 1) In jede Provinz Toskana's wird ein Special-Kommissair geschickt, der sich mit den Pfarrern, den Gonfalonieren, den Regierungs-Autoritäten und den populairen Klubs in Verbindung setzt und Alles thut, um die edlen Gefühle der Nation zu wecken, die Nationalgarden zu equipiren und zu mobilisiren u. s. w. 1) Toskana schickt 37 Deputirte nach Rom zu der Italienischen Constituante, gewählt werden die 37 am 5. März gleichzeitig mit denen für die Toskanische gesetzgebende Versammlung und in derselben Art wie diese; während der National-Constituante ist jeder Italienische Bürger. 3) Die Familien- und Personensteuer ist vom 1. Januar d. J. an abgeschafft. Einige andere Verordnungen sollen Unruhen und Tumulte bei Gelegenheit der halbjährigen Miethzinszahlung verhüten.

— Die Sicilianische Angelegenheit ist ihrem Schlusse nahe. Der König von Neapel stellt folgende Bedingungen auf: 1) Separat Parlament. 2) Ein Bourbon als Vice König. 3) Gemischte Besatzung.

Turin, den 19. Febr. Eine Proklamation des hiesigen Ungarischen Gesandten zur Verbrüderung Italiens und Ungarns macht großes Aufsehen.

Florenz, den 18. Febr. Die Republik ist auch hier verkündet. Die provisorische Regierung (Guerazzi, Montanelli und Zanetti) hat den bezeichnenden Namen: „provisorische Regierung der römischen Republik in Toscana" angenommen. Also ein mittelitalischer Staat! (Falls Livorno vom 20. wird die Verkündung der Republik gleichfalls bestätigt. — Der vorgestrige Monitore enthält Ein- und Absetzungen verschiedener Personen. Die Regierung erklärt feierlich, daß sie keinen Protest von Leopold II. erhalten habe und jedes ihr zukommende amtliche Aktenstück augenblicklich veröffentlichen wolle.

Genua, den 20. Febr. Der Papst hat aus Gaeta eine Verwahrung gegen die Verkündigung der römischen Republik erlassen.

Locales.

Posen, den 1. März. Schon gestern Abend neigte sich der Wasserstand an dem Brückenpegel zum Fallen. Am obern rechten Ufer aber blieb es beim Alten; das Ueberströmen dauerte ununterbrochen stark fort und suchte das Wasser in der dassigen Niederung sich immer mehr Abzug. Auch kann die Ueberfahrt nur mit größter Vorsicht wegen der reißenden Strömung bewerkstelligt werden. Durch diese Anhäufung des Wassers werden Zäune und Stallungen dortiger Gegend hart mitgenommen, in den Gärten verfaulen die

Wurzeln der alten wie jungen Standbäume und wanken. Heute ist kein weiteres Wachsen wahrzunehmen und an der Brücke ein Fallen von 3 Zoll bemerkbar, mithin jetziger Stand 12 Fuß.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Sitzung der Zweiten Kammer vom 28. Februar.

Präsident: Lensing. Auf der Ministerbank befindet sich nur Herr v. Manteuffel. Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. Der Präsident zeigt an, daß sich noch vier neue Abgeordnete, darunter Herr von Griesheim, behufs ihrer vorläufigen Legitimation gemeldet. Der Abgeordnete Herr führt heute die Rednerliste, Löhr das Protokoll.

Ein Amendement der Abgeordneten Minsberg, Heinze, Löhr, Heitemeyer u. s. w. zu dem v. Unruh'schen Antrage wird verlesen. Dasselbe lautet:

> Die hohe Kammer möge beschließen, eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung niederzusetzen, und zwar in der Weise, daß jede Abtheilung zwei Mitglieder zu dieser Kommission beordert; bis zur Anfertigung dieser Geschäftsordnung aber das Reglement, welches die Nationalversammlung am 5. Sept. 1848 beschlossen, bei den Verhandlungen als maßgebend zu betrachten.

Ein auf die Agra verhältnisse bezüglicher Antrag giebt zu einer Debatte über die Frage Veranlassung, was mit diesem Antrage geschehen solle. Die Versammlung geht zur Tagesordnung über.

v. Kleist. Ein sehr wichtiger Grund, der gegen den Unruh'schen Antrag spricht, ist auch der, daß eine so junge Versammlung, wie die unsrige, fester Regeln bedarf. Verwerfen Sie deshalb das Viebahnsche Reglement nicht, wenn es auch von der Rechten ausgegangen. Das Reglement der vorigen Nationalversammlung habe wegen seiner Behandlung der Interpellation dem Ansehn der Nationalversammlung sehr geschadet und das Land würde die Wiederannahme jenes Reglements nicht mit Jubel begrüßen.

Minister des Innern: Es ist dem Ministerium der Vorwurf gemacht worden, daß es der hohen Kammer kein Geschäftsreglement vorgelegt habe. Das Ministerium ist bereit, über alle seine Handlungen und Unterlassungen vollständige Auskunft und Rechenschaft zu geben. Doch glauben wir, daß der Moment hierzu erst dann gekommen ist, wenn die Kammer völlig konstituirt ist. Der Grund, weshalb wir kein Geschäfts-Reglement vorgelegt, besteht übrigens darin, daß ein §. der Verfassung bestimmt: „Die Kammer regelt ihre Verhandlungen durch eine Geschäfts-Ordnung." Deshalb hat das Ministerium der Kammer nicht vorgreifen wollen.

Heitemeyer für das Minsbergsche Amendement.

Riedel. Das Reglement der Nationalversammlung bezieht sich auf eine weit zahlreichere Versammlung als die gegenwärtige Kammer und ist daher nicht mehr passend. Die Einrichtung der Alterspräsidenten giebt die Veranlassung zu den größten Verwirrungen; es muß auch ein Maximum des Alters festgesetzt werden; denn es steht in der Regel dem Aeltesten die Vermuthung der Altersschwäche zur Seite und nur ein glücklicher Zufall ist es, wenn der Alters-Präsident auch der Tüchtigste und Würdigste ist. Hierüber enthält der Unruhsche Antrag gar nichts. — Ich schätze mit Hrn. v. Unruh ein gutes Geschäftsreglement; denn Ordnung ist überall nöthig, man kann aber auch zu vielen Werth auf die Ordnung legen und über der Form den Inhalt vergessen. Das Land wird nicht sowohl darnach fragen, in welchen Formen wir etwas thun, sondern darnach, was wir thun und was wir ihm bieten.

Temme: Ich erkenne die Rücksicht des Herrn Ministers an, daß er nicht zu viel hat oktroyiren wollen, und will mich nur an den Inhalt des Viebahnschen Reglements halten. Dasselbe ist 1) zu büreaukratisch und 2) trägt es dem Rechte der Minorität keine Rechnung. — Der Redner kritisirt hierauf einzelne Paragraphen des Viebahnschen Reglements. Er findet unter Anderm eine zu große Beschränkung der Interpellationen darin. Das Recht der Interpellation, fährt Temme fort, ist ein heiliges Recht und darf nicht geschmälert werden. Man hat wegen der häufigen Interpellationen die aufgelöste National-Versammlung hier angegriffen. Mit Betrübniß habe ich dies gehört. Eine Kammer, welche Versöhnung bringen soll, sollte nicht mit einer Schmähung der National-Versammlung beginnen. Die National-Versammlung hat dies nicht verdient; denn sie wird stets in der Geschichte eine ehrenvolle Stellung behaupten, und vielleicht schon nach einem Jahre eine höhere Stellung einnehmen, als viele andere Volksvertretungen nach uns. (Bravo! von der Linken.) Noch auf Eins will ich Sie aufmerksam machen: Achten Sie vor Allem auch das Recht der Minorität.

Bucher: Ich weiß nicht, ob die Rechte durch das Geschäfts-Reglement das gegenwärtige Ministerium stützen will; das weiß ich aber, daß das Land es uns nicht danken wird, wenn wir zu den Gewaltthaten und den Gesetzüberschreitungen des Ministeriums schweigen und dasselbe nicht wenigstens einer parlamentarischen Kritik unterwerfen, da seine Verantwortlichkeit nur auf dem Papiere und auch da kaum vorhanden. Wenn Sie die Minorität unterdrücken wollen, so schicken Sie dieselbe bald zum Hause hinaus!

Minister des Innern: Ich habe vorhin schon die Bitte geäußert, die Angriffe gegen das Ministerium bis dahin auszusetzen, wo die Formen der Verhandlungen gehörig festgestellt sind. Ich muß diese Bitte wiederholen. Was die vom vorigen Redner ausgesprochenen Beschuldigungen betrifft, so beschränke ich mich einfach darauf, Protest gegen dieselben einzulegen. (Bravo und Zischen.)

Die Kammer beschließt den Schluß der Debatte. Der Viebahnsche Antrag kommt zuerst und zwar getheilt zur Abstimmung. Die Kammer nimmt mit sehr großer Majorität den ersten Theil an, wonach sie beschließt:

> „eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung durch die zu bildenden Abtheilungen in der Zahl von zwei Mitgliedern aus jeder Abtheilung zu erwählen."

Ueber den 2. Theil des Viebahnschen Antrages, welcher lautet:

> „bis dahin aber, daß diese Kommission eine Ausarbeitung vorgelegt, und die Kammer über dieselbe beschlossen haben wird, die beiliegende vorläufige Geschäftsordnung bei Behandlung der Geschäfte für die Fälle, in welchen reglementarische Bestimmungen nicht zu entbehren sind, als maßgebend anzunehmen, von einer zeitraubenden Diskussion der Einzelbestimmungen aber für jetzt Abstand zu nehmen.

wird von Moritz Abstimmung durch Namensaufruf beantragt. Es scheint sich Widerspruch gegen den Namensaufruf zu erheben; schließlich ergiebt es sich jedoch, daß auch die Rechte mit dieser Abstimmungsweise einverstanden und der Namensaufruf erfolgt.

169 Abgeordnete stimmen für, 148 gegen den zweiten Theil des Viehban'schen Antrags. Ein Abgeordneter fehlt. Minister v. d. Heydt (welcher sich während der Verhandlungen eingefunden): Ich muß der hohen Kammer anzeigen, daß der mit Dänemark abgeschlossene Waffenstillstand dänischer Seits am 26. Febr gekündigt worden. Zugleich wurde der Regierung Sr. Majestät die Mittheilung gemacht, daß die Kündigung auch der provisorischen Central-Gewalt für Deutschland zugegangen. Der dänische Gesandte sprach jedoch die Hoffnung aus, daß der Entschluß, die Feindseligkeiten wieder zu erneuern, nicht zur Ausführung kommen werde. Die unter englischer Vermittelung mit Dänemark gepflogenen Verhandlungen werden hoffentlich dahin führen, daß wenigstens noch vor dem Termin, an welchem der Waffenstillstand abläuft, die Friedens-Präliminarien festgestellt werden. Die Regierung hat bereits Maßregeln getroffen, welche geeignet sind, eine friedliche Lösung herbeizuführen, aber auch die Ehre des Landes zu wahren. (Bravo!) Uebrigens ist der Handelsstand der Ostseeprovinzen schon heute von der Aufkündigung in Kenntniß gesetzt worden.

Die Sitzung wird hierauf Nachmittags gegen 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: übermorgen früh um 10 Uhr.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Hohes Staats-Ministerium!

In einer Zeit, wo die Anerkennung auch für die edelste That und die treueste Hingebung so leicht durch Mißtrauen verkümmert wird, wo die Selbstsucht und unwürdige Parteileidenschaft denn hochherzigsten Patriotismus feindlich gegenüber tritt, halten wir es für eine heilige Pflicht, für die Kraft, den Muth und die Treue, mit welcher ein hohes Staatsministerium das Vaterland von Anarchie errettet, mit welchen hochdasselbe die Krone und unsern König von Gottes Gnaden unterstützt hat, mit welchem selbst die persönliche Gefahr unbeachtet blieb, unsern innigsten und tiefgefühltesten Dank darzubringen.

Wir und mit uns alle wahrhafte Patrioten sprechen es aus, und die Geschichte wird es bestätigen:

Das Ministerium Brandenburg hat sich um das Vaterland hoch verdient gemacht. Wir wissen es, daß die große Majorität des Preußischen Volkes von gleichem Dankgefühl durchdrungen ist, und bitten Ein hohes Ministerium, auch fernerhin mit unerschütterlicher Kraft die Krone zu stützen, dem Gesetze Achtung zu verschaffen und das Vaterland vor Anarchie zu bewahren.

Lissa im Großherzogthum Posen, den 26. Februar 1849.

Der Verein für Volkswohl und constitutionelles Königthum.

Im Namen der 250 Mitglieder der Vorstand.

Um Beitritt zu dieser Adresse werden alle gleichgesinnten Vereine und Vaterlandsgenossen hiedurch gebeten.

Anfrage an den Posener Magistrat.

In neuerer Zeit sind mehrere Exekutoren und Hülfs-Exekutoren aus der Zahl derjenigen angestellt worden, welche Herumbommeln für ein leichtes Gewerbe betrachten; daher ist denn auch in meinem Hause der Fall vorgekommen, daß sich zwei dergleichen Exekutoren einen Eckensteher — wahrscheinlich einen ehemaligen Kollegen, assistiren ließen und eine förmliche Prügelei machten, wobei achtbare Bürger auf das Gröblichste insultirt und gemißhandelt wurden. — Würde der Magistrat nicht besser thun, wenn derselbe zu dergleichen Posten verarmte achtbare Bürger verwendete?

W. L.

Marktberichte. Posen, den 28. Februar.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 25 Sgr. 7 Pf. bis 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 17 Sgr. 6 Pf. bis 1 Rtlr. 22 Sgr. 6 Pf.

Berlin, den 28. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26—27½ Rthlr., p. Frühjahr 82pfündiger 26¾ Rthlr. Br., 26½ bez Mai/Juni 27½ Rthlr. Br. Juni/Juli 28½ Rtlr. Br., 28 bez. u. G. Gerste, große loco 22—25 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 14 Rthlr. Br. Rüböl loco 13½ Rtlr. 13⅜ bez. Febr./März 13$\frac{5}{12}$ Rtlr. Br., 13⅓ G. März/April 13⅓ Rtlr. Br., 13¼ G. April/Mai 13¼ Rtlr. bez. u. G. Mai/Juni 13¼ Rtlr. Br., 13⅙ G. Juni/Juli dto. Juli/August 13$\frac{1}{12}$ Rtlr. Br., 13 G. August/Sept. 13 Rthlr. Sept./Okt. 12$\frac{7}{12}$ u. 12½ Rthlr. verk. Leinöl loco 11 Rthlr. Br. Lief. pr. April/Mai 10½ Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 15¼ a 15 Rthlr. verk. März 15⅛ a 15 Rthlr., p. Frühjahr 15⅔ Rthlr. Br., 15½ bez u. G. Mai/Juni 16¼ a 16 Rthlr. Juni/Juli 17 a 16¾ Rthlr. bez., 16¾ G.

Berliner Börse.

Den 28. Februar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101	100½
Staats-Schuldscheine	3½	80⅛	79⅝
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	98½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	85¼
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	81½	—
Ostpreussische "	3½	—	90½
Pommersche "	3½	92¼	—
Kur- u. Neumärk. "	3½	92¾	—
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88½	—
Friedrichsd'or	—	13$\frac{1}{12}$	13$\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12⅔	12⅛
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	76
" Prioritäts-	4	88	—
Berlin-Hamburger	4	50½	50½
" Prioritäts-	4½	92¾	92¼
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	56¼
" " Prior. A. B.	4	84	83½
" " "	5	95	94¼
Berlin-Stettiner	4	87¼	—
Cöln-Mindener	3½	—	78¼
" Prioritäts-	4½	—	93
Magdeburg-Halberstädter	4	—	110
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
" Prioritäts-	4	86	85¾
" "	5	99	—
" " III. Serie	5	94¼	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	92½
" " B.	3½	—	92
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	50	—
Stargard-Posener	3½	--	70

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Unsern theilnehmenden Freunden und Bekannten zeigen wir an, daß unser Gatte und Vater, der Königliche Hauptmann und Steuer-Inspekor Großwendt am 22. d. M. nach kurzer Krankheit in einem Alter von 57 Jahren gestorben ist. Allen denen, welche denselben zur Ruhestätte begleitet haben, insbesondre dem Herrn Hauptmann v. Unruhe und seiner Compagnie sagen wir hiermit unsern innigsten Dank.

Wreschen, den 27. Februar 1849.

Die hinterbliebene Wittwe und neun Kinder.

So eben ist erschienen und vorräthig bei Gebr. Scherk in Posen:

Lebensbeschreibung
und wahrheitsgetreue Schilderung
des
Berliner Wunderkindes
Louise Braune.
Nach eigener Anschauung und Forschung und den Aussagen der von ihr Geheilten.
Preis 2½ Sgr.

v. Unruh, Skizzen aus Preußens neuester Geschichte
Vierte Auflage. Preis 10 Sgr.,
sind wieder vorräthig bei
Gebrüder Scherk in Posen.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung des der Kämmerei gehörigen, hinter dem ehemaligen Theresien-Kloster an der Schulstraße belegenen Gartens für den Zeitraum vom 1sten April c. bis dahin 1850, steht Termin auf den 5ten März c. Vormittags 11 Uhr im rathhäuslichen Sitzungssaale an, wozu Pachtlustige hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 7. Februar 1849.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen.
Erste Abtheilung, den 24. November 1848.

Das Grundstück des Oberlandesgerichts-Registrators Balthasar Rymarkiewicz, nebst Garten, sub No. 117. St. Martin zu Posen, abgeschätzt auf 5199 Rthlr. 25 Sgr. 4 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 10ten Juli 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Nadrożno bei der Stadt Pudewitz belegene, dem Friedrich Bergemann gehörige Mühlengut, bestehend aus einer Mühle von 2 Mühlgängen und einem Hirsegange, so wie 290 Morgen 144 □Ruthen Land und 5 Morgen Gewässer, wovon Letzteres in Pausch und Bogen auf 5435 Rthlr 17 Sgr. 6 Pf. und nach dem Ertrage auf 9512 Rthlr. 5 Pf., die Wassermühle dagegen nach dem Materialwerthe auf 5381 Rtlr. 7 Sgr. 6 Pf., und nach dem Ertrage auf 4781 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf. abgeschätzt worden, soll

am 5ten Juni 1849 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Der Hypothekenschein, die Bedingungen und Taxe können zu jeder Zeit in unserem III. Geschäfts-Büreau eingesehen werden.

Land- und Stadtgericht zu Schroda.

Der Richter: Röder.

Aufgebot gefundenen Geldes.

Ungefähr in der ersten Hälfte des Monats Mai dieses Jahres sind von der Marianna Tomaszewska, gebornen Jóźwiak, der Ehefrau des Tagelöhners Bartholomeus Tomaszewski zu Nadziejewo, Schrodaer Kreises, angeblich in einem Graben auf ihrem Felde in einzelnen Stükken da liegend, in einer Linie von fast einem Gewende lang, 31 Rthlr. 10 Sgr gefunden worden.

Die unbekannten Eigenthümer dieses Geldes werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens im Termine

den 2ten April d. J. Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Richter in unserm Instruktionszimmer nachzuweisen, widrigenfalls dieses Geld den Findern und Eigenthümern des Fundortes zugesprochen werden wird.

Schroda, den 30. December 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Der Richter Heinz.

Für die Mitglieder des Brüdervereins.

Sonnabend, den 3. März c.:
Beginn des Gottesdienstes 9½ Uhr.
" der Predigt 10¼ "

Es wird ein Mädchen von 18 bis 20 Jahren, von ordentlichen Eltern und nöthigen Schulkenntnissen, in ein Materialgeschäft gesucht und sogleich angenommen. Näheres in der Breslauerstraße No. 11.

Englische Nußstein-Kohlen bester Qualität verkauft zu auffallend billigem Preise

Jakob Adolph,
Graben No. 3.

Der Eckladen No. 1. unter dem Rathhause ist sogleich zu vermiethen.
Nähere Auskunft ertheilt der Eisenhändler Herr Herrmann am alten Markte.

St. Martin 62. ist die Bel-Etage, so wie die Wohnung des Herrn Wachtmeister Lange zum 1sten April c. zu vermiethen.

In dem Hause St. Martin No. 53/54. sind mehrere Wohnungen, sowohl Parterre als in der Bel-Etage und im Keller sofort zu vermiethen.
Ein Näheres Markt No. 84. 1 Treppe hoch.

In meinem Hause, Gartenstraße No. 285., ist vom 1sten April d. J. ab eine Wohnung von 3 Stuben, Küche, Keller für jährlich 80 Rthlr. zu vermiethen.

Wendland.

Wronkerstraße No. 4. im Hofe links ist täglich früh und Abends frische Milch zu haben.

Kirsch- und Pflaumenbäume à 10 Sgr., Pfirsich- und Aprikosen à 15 Sgr. und Wallnußbäume à 20 Sgr. für das Stück, so wie Maulbeer-Pflänzlinge à Schock 1 Rthlr. sind im Garten zu Radojewo zu verkaufen.

Saftreiche Apfelsinen empfing und offerirt
S. Orenstein, Material-Waarenhandlung,
der Postuhr gegenüber.

Bürger-Gesellschaft.

Sonntag den 4. März: Tanzkränzchen.
Anfang 7 Uhr.